

# Kapitel

**Initiator\*innen:** Kreisvorstand Grüne Dortmund (dort beschlossen am: 03.04.2025)

**Titel:** Vielfalt

## Text

1 Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt, der Begegnung und der Offenheit. Sie lebt  
2 von den Menschen, die hier wohnen, arbeiten und sich engagieren – egal, woher  
3 sie kommen, welche Sprache sie sprechen, welche Religion sie praktizieren,  
4 welche Fähigkeiten sie besitzen oder welche geschlechtliche und sexuelle  
5 Identität sie haben. Obwohl Dortmund in vielen Bereichen für eine weltoffene und  
6 vielfältige Stadtgesellschaft steht, gibt es immer noch zahlreiche  
7 Diskriminierungen, die das Leben vieler Menschen negativ beeinflussen. Diese  
8 Diskriminierungen finden oft in alltäglichen Begegnungen statt, sei es in der  
9 Schule, am Arbeitsplatz oder auf der Straße. Sie manifestieren sich in  
10 rassistischen, sexistischen, behindertenfeindlichen und queerfeindlichen  
11 Vorurteilen, die Menschen benachteiligen und ausgrenzen.

12 Unsere Vision ist eine Stadt, in der alle ohne Angst vor Diskriminierung leben  
13 können, mit gleichen Chancen und der Freiheit, sich individuell zu entfalten.  
14 Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen der  
15 Diskriminierung haben in Dortmund keinen Platz. Vielfalt muss als Stärke  
16 begriffen und gefördert werden.

17 Dafür braucht es klare und entschlossene Schritte – politisch, rechtlich und  
18 praktisch. Strukturen müssen diskriminierungssensibel gestaltet, bestehende  
19 Ungleichheiten abgebaut und gesellschaftliches Bewusstsein gestärkt werden.  
20 Unsere Stadt soll ein Ort der Solidarität und des respektvollen Miteinanders  
21 sein, in dem Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung verstanden wird.

22 Besonders wichtig ist uns, Menschen aktiv in den Veränderungsprozess

23 einzubinden, die bisher zu wenig Gehör gefunden haben. Wir müssen sicherstellen,  
24 dass alle Gruppen in Dortmund die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen, ihre  
25 Bedürfnisse zu äußern und Lösungen mitzugestalten. Nur so können wir eine Stadt  
26 schaffen, die wirklich für alle da ist und in der sich jede\*r willkommen und  
27 wertgeschätzt fühlt.

28 In diesem Kapitel zeigen wir, mit welchen konkreten Maßnahmen wir  
29 Diskriminierung bekämpfen, Teilhabe stärken und Projekte fördern, die die  
30 Vielfalt unserer Stadt sichtbar machen. Unser Ziel ist, Dortmund als Vorbild für  
31 eine inklusive und gerechte Gesellschaft erlebbar zu machen.

## 32 **Für eine Stadt ohne Diskriminierung**

33 Die Vielfalt in Dortmund ist eine Stärke. Wir wollen eine Stadt, in der jede\*r  
34 die gleichen Chancen hat und Diskriminierung in all ihren Formen entschieden  
35 bekämpft wird.

36 Um das zu erreichen, werden wir

- 37 • die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung öffnen und proaktiv in der  
38 Gründer\*innen-Förderung tätig werden.
  
- 39 • die Bürokratie vereinfachen, um den Zugang zu Gründungsinitiativen zu  
40 erleichtern, Info-Angebote bereitstellen und eine mehrsprachige  
41 Beratungsstelle einrichten, um den Einstieg in die Selbstständigkeit zu  
42 fördern.
  
- 43 • das Zentrum für Ethnische Ökonomie ausbauen.
  
- 44 • uns dafür einsetzen, dass Dortmund ein eigenes Museum der Migration  
45 bekommt, welches die Geschichte der Zuwanderung dokumentieren soll und den  
46 Beitrag der zugewanderten Menschen zur Entwicklung der Stadt würdigt.
  
- 47 • den Prozess der Partizipation aktiv und inklusiv gestalten, denn „Dortmund  
48 für alle“ bedeutet Ankommen, Teilhabe, Vielfalt und Mitgestaltung.

- 49 • uns dafür einsetzen, dass auch nicht-akademische Menschen als zuverlässige  
50 Interessenvertretung eine Stimme finden und Mitbestimmungsmöglichkeiten  
51 für alle gesellschaftlichen Gruppen attraktiver machen.
  
- 52 • Antidiskriminierung-Trainings für alle Mitarbeitenden in den Behörden  
53 verpflichtend machen, um sicherzustellen, dass Vorurteile und  
54 Diskriminierung systematisch bekämpft werden.
  
- 55 • in der Verwaltung eine Stabstelle für Antidiskriminierung einrichten,  
56 welche die Umsetzung antirassistischer Maßnahmen koordinieren und als  
57 zentrale Anlaufstelle dienen soll.
  
- 58 • gezielt auch Menschen in den Blick nehmen, die von Mehrfach-  
59 Diskriminierung betroffen sind (wie queere Geflüchtete, Schwarze Frauen  
60 mit Behinderung oder muslimisch gelesene Menschen aus der LGBTQIA+  
61 Community).
  
- 62 • den Aktionsplan gegen Antisemitismus weiterentwickeln und umsetzen, der  
63 auch aktuelle antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft entgegenwirken  
64 soll.
  
- 65 • die Meldestelle für Rassismus weiter unterstützen, die 2023 vom Land  
66 finanziert wurde.

## 67 **Für Teilhabe, die verbindet**

68 Integration ist der Schlüssel zu einer starken und gerechten Gesellschaft. In  
69 Dortmund sollen alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Kultur oder sozialem  
70 Hintergrund – die gleichen Chancen haben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben  
71 zu beteiligen. Integration bedeutet nicht nur, den Zugang zu Arbeitsmarkt,  
72 Bildung und sozialen Angeboten zu ermöglichen, sondern auch, die Teilhabe an  
73 politischen und kulturellen Prozessen zu fördern. Nur wenn sich alle  
74 Dortmunder\*innen als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft erleben, kann  
75 unsere Stadt in ihrer ganzen Vielfalt und Stärke wachsen. Dafür setzen wir uns  
76 mit konkreten Maßnahmen und einer aktiven Unterstützung von  
77 Integrationsprojekten ein.

78 Daher werden wir

- 79 • die Umsetzung des „Masterplans Integration“ vorantreiben.
  
- 80 • die finanziellen Mittel für etablierte Integrationsprojekte sichern und  
81 Kürzungen zurücknehmen oder kompensieren, um Integrationsangebote zu  
82 erhalten und auszubauen.
  
- 83 • Integration und politische Bildung als Investition in die Zukunft  
84 betrachten und fördern, da schlechte Integration zu sozialer Ausgrenzung  
85 führt und Vorurteile gegenüber Migrant\*innen fördert.
  
- 86 • Maßnahmen ergreifen, um einen niederschweligen Zugang zu  
87 Integrationsangeboten zu schaffen und einen Zugang zu Finanzierungsmitteln  
88 effizienter zu gestalten
  
- 89 • das Amt für Migration um den Bereich Integration erweitern und darin  
90 insbesondere das Dienstleistungszentrum Migration & Integration (MigraDo)  
91 einbinden.
  
- 92 • das „Kommunale Integrationszentrum Dortmund“ (MIA-DO-KI) verstetigen und  
93 um weitere Angebote ergänzen, um eine effektivere Vernetzung und  
94 Unterstützung für Migrant\*innen zu gewährleisten.
  
- 95 • das kommunal Mögliche tun und integrierten Menschen zur deutschen  
96 Staatsbürgerschaft zu verhelfen.
  
- 97 • den Einbürgerungsakt würdiger und wertiger ausgestalten und die jährlichen  
98 Feiern für neu eingebürgerte Menschen stärken.
  
- 99 • ausreichend Sprach- und Integrationskurse anbieten, auch in Kitas und  
100 Schulen sowie mit flexiblen Angeboten für Menschen mit Betreuungspflichten  
101 oder unflexiblen Arbeitszeiten.

- 102 • die Sprach- und Integrationsförderung insbesondere für EU-Zuwander\*innen  
103 ohne Rechtsanspruch auf Integrationskurse anbieten.
  
- 104 • einen ganzheitlichen Ansatz entwickeln, der dezentraler und gleichzeitig  
105 vernetzter denkt, damit Integrationsmaßnahmen wirksam und nachhaltig sind,  
106 ohne die Niederschwelligkeit zu verlieren.
  
- 107 • die Anbindung von Organisationen und Initiativen aus dem migrantischen  
108 Bereich an die Stadtgesellschaft verbessern.
  
- 109 • in einem städtischen Informationsangebot ehrenamtliche Angebote bekannt  
110 machen.

## 111 **Für echte Mitbestimmung**

112 Mitbestimmung ist der Schlüssel zu einer lebendigen Demokratie und einer  
113 inklusiven Stadtgesellschaft und für Menschen mit internationaler Geschichte  
114 eine zentrale Voraussetzung für Integration. Doch noch immer sind viele  
115 Migrant\*innen – insbesondere Nicht-EU-Bürger\*innen – von wichtigen  
116 demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Dies verhindert nicht nur politische  
117 Teilhabe, sondern erschwert auch gesellschaftliche Integration. Wir setzen uns  
118 dafür ein, dass politische Mitbestimmung für alle Menschen in Dortmund  
119 unabhängig von ihrer Herkunft möglich wird. Partizipation darf nicht nur  
120 theoretisch existieren, sondern muss in der Praxis zugänglich und barrierefrei  
121 gestaltet werden. Das bedeutet, dass Beteiligungsformate diverser werden,  
122 Verwaltung und Politik offener agieren und Engagement gezielt gefördert wird.

123 Dortmund muss eine Stadt sein, in der alle Menschen die Möglichkeit haben, sich  
124 einzubringen, ob in der Politik, in Vereinen, in der Verwaltung oder in  
125 kulturellen Initiativen. Dafür braucht es konkrete Maßnahmen, die Hürden  
126 abbauen, Selbstorganisation stärken und politische Prozesse für alle zugänglich  
127 machen.

128 Deshalb werden wir

- 129 • uns für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrant\*innen unabhängig von  
130 ihrer Herkunft einsetzen.

- 131 • auf Landes- und Bundesebene dafür kämpfen, dass nicht-deutsche  
132 Einwohner\*innen in Dortmund wählen dürfen.
  
- 133 • die Rolle des Ausschusses für Integration und Chancengerechtigkeit in der  
134 Dortmunder Kommunalpolitik stärken und uns für die Prüfung zusätzlicher  
135 Kompetenzen und Rechte einsetzen, zum Beispiel durch nicht-  
136 stimmberechtigte Mitglieder aus der Zivilgesellschaft im Ausschuss für  
137 Integration.
  
- 138 • die Bestellung von sachkundigen Einwohner\*innen aus Nicht-EU-Staaten mit  
139 Rederecht in allen Ausschüssen nach Düsseldorfer Vorbild in der  
140 Wahlperiode 2025 bis 2030 forcieren.
  
- 141 • die personellen Kapazitäten in den Unterstützungsstrukturen erhöhen und  
142 eine Stelle zur Akquise von Finanzmitteln einrichten, um bestehende  
143 Unterstützungs- und Wohnungsangebote zu fördern.
  
- 144 • die Beratung für Arbeitssuche und berufliche Bildung für Zugewanderte aus  
145 Südosteuropa und dem Westbalkan intensivieren.
  
- 146 • ein städtisches Programm zur Unterstützung von Zuwander\*innen aus  
147 Südosteuropa und dem Westbalkan einführen, das medizinische Versorgung und  
148 Wohnraumhilfen beinhaltet.
  
- 149 • Integration und Stadtentwicklung stärker verknüpfen, um soziale und  
150 ethnische Separierung zu verhindern.
  
- 151 • eine kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege für ältere  
152 Migrant\*innen sicherstellen und eine soziale Infrastruktur schaffen, die  
153 verschiedene Lebensbiografien berücksichtigt.
  
- 154 • die Selbstorganisation neuer Zuwanderungsgruppen durch zusätzliche  
155 Unterstützung und Schaffung von Räumen fördern.

- 156 • die Arbeit von Migrant\*innen-Selbstorganisationen gezielt fördern und  
157 stärken, indem bei steigendem Bedarf die Infrastruktur angepasst und Räume  
158 geschaffen werden, um Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu  
159 unterstützen.
  
- 160 • die Sichtbarkeit von Migrant\*innen in Politik, Verwaltung, Unternehmen und  
161 Vereinen erhöhen und Formate so gestalten, dass mehr Menschen inkludiert  
162 werden können.
  
- 163 • Weiterbildungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für die Verwaltung anbieten  
164 und die Kompetenzbewertung bei migrantischen Anstellungen verbessern.
  
- 165 • gezielt mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für politisches Engagement  
166 gewinnen, da der Anteil migrantisierter Personen in der Politik nicht die  
167 Gesellschaft abbildet.
  
- 168 • sicherstellen, dass fehlende Schul- und Kitaplätze (u3 und ü3) kein  
169 Hindernis für ehrenamtliches Engagement sind und Kinderbetreuung als  
170 unterstützende Maßnahme für politisches Engagement ausbauen.
  
- 171 • Teilhabe trotz unsicherem Aufenthaltsstatus ermöglichen: Auch Menschen mit  
172 unsicherem Aufenthalt oder ohne Wahlrecht sollen sich beteiligen können.
  
- 173 • Mehrsprachigkeit als Leitlinie im Kontakt mit Dortmunder Behörden und  
174 Ämtern etablieren.
  
- 175 • soziale Medien und digitale Räume für Ansprache und politische  
176 Partizipation nutzen.
  
- 177 • die etablierten politischen Räume verlassen und dorthin gehen, wo sich  
178 (junge) Menschen aufhalten, um niederschwellige politische Partizipation  
179 zu ermöglichen.

180 • aktiv Gespräche mit nicht politisch aktiven Menschen suchen und eine  
181 „Methodik“ entwickeln, um ihnen den Einstieg in politische Prozesse zu  
182 erleichtern.

183 • sicherstellen, dass die Stadt aktiv Mittel bereitstellt, um Zugänge zu  
184 Räumlichkeiten auch für unregelmäßige Zwecke zu ermöglichen.

## 185 **Für gelebte Vielfalt**

186 Vielfalt muss auch im Stadtleben sichtbar sein – im Sport, in Vereinen und in  
187 kulturellen Angeboten. Diese Vielfalt zu fördern und sie besser zugänglich zu  
188 machen, ist entscheidend für eine inklusive Stadtgesellschaft.

189 Dafür werden wir

190 • Vielfalt im Sport fördern, unter anderem durch Programme in Schulen.

191 • die Vielfalt der Sport- und Freizeitangebote in Dortmund sichtbarer machen  
192 und besser vermitteln.

193 • Informationen zu Angeboten so aufbereiten, dass alle Menschen Zugang zu  
194 den vielfältigen Möglichkeiten in Dortmund erhalten.

195 • bei Ausschreibungen interkulturelle Angebote besonders fördern.

196 • Vereine gezielt dabei unterstützen, sich für die Mitarbeit von Menschen  
197 mit Zuwanderungsgeschichte zu öffnen.

198 • die Einrichtung von Ehrenamtskoordinationen mithilfe der Dortmunder  
199 Freiwilligenagentur unterstützen, um Vorstände von Vereinen in ihrer  
200 Arbeit zu unterstützen.

201 • Kooperationen zwischen Sportvereinen und Migrant\*innen-

202 Selbstorganisationen fördern.

- 203 • Sportanlagen auch für neu gegründete Vereine und Gruppen bereitstellen.
- 204 • Positivbeispiele wie den FC Merkur stärken, der seine Flächen für  
205 unterschiedliche Gruppen offen hält.
- 206 • einen Kulturentwicklungsplan erstellen und durch einen Beteiligungsprozess  
207 sicherstellen, dass Kulturangebote für alle da sind.
- 208 • Kultur und Integration stärker miteinander verknüpfen, um kulturelle  
209 Vielfalt in Dortmund sichtbarer und erlebbarer zu machen.

## 210 **Für queeres Leben in Dortmund**

211 In Dortmund sollen die Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei  
212 und sicher leben können. Gleichzeitig ist queere Vielfalt eine Bereicherung für  
213 unsere Stadtgesellschaft. Doch queere Menschen erleben in vielen Lebensbereichen  
214 – von Schule und Ausbildung über den Arbeitsmarkt bis hin zum Gesundheitswesen –  
215 immer noch Diskriminierung. Gerade trans\*, inter und nicht-binäre Personen sehen  
216 sich oft mit zusätzlichen Hürden konfrontiert, sei es im Zugang zu medizinischer  
217 Versorgung oder bei der Anerkennung ihrer Identität. Zudem gibt es spezifische  
218 Bedarfe für queere Senior\*innen, Jugendliche und LSBTIQ\*-Personen mit  
219 Migrationsgeschichte, die gezielt berücksichtigt werden müssen.

220 Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der queere Menschen nicht nur sicher  
221 leben, sondern sich auch aktiv beteiligen und entfalten können. Dafür müssen  
222 Schutzräume ausgebaut, politische Strukturen gestärkt und queere Organisationen  
223 gezielt gefördert werden. Besonders wichtig ist es uns auch, LSBTIQ\*-  
224 Jugendlichen in den Blick zu nehmen, die in ihrer Identitätsfindung oft mit  
225 gesellschaftlichem Druck und Vorurteilen konfrontiert sind. Deshalb werden wir  
226 gezielte Maßnahmen ergreifen, um Gleichstellung, Teilhabe und Akzeptanz von  
227 LSBTIQ\*-Personen in Dortmund weiter voranzutreiben.

228 Wir werden

- 229 • den von uns initiierten LSBTIQ-Aktionsplan gegen die Diskriminierung von  
230 LSBTIQ\*-Personen weiter umsetzen und fortentwickeln.
- 231 • SLADO und andere LSBTIQ\*-Initiativen sowie queere Vereine finanziell und  
232 strukturell unterstützen, die einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz und  
233 Unterstützung von LSBTIQ\*-Personen leisten, jedoch auf ehrenamtliches  
234 Engagement angewiesen sind und nachhaltige Förderung benötigen.
- 235 • SLADO ermöglichen, als nicht stimmberechtigtes Mitglied eine Vertreter\*in  
236 in den von uns geforderten städtischen Gleichstellungsausschuss zu  
237 delegieren.
- 238 • die Aktionen und Demonstrationen zum CSD und Trans\*CSD in Dortmund  
239 erhalten, indem die Stadt Dortmund finanziell und organisatorisch stärker  
240 unterstützt, da die CSDs ein zentraler Ort für queere Sichtbarkeit und  
241 politische Forderungen sind.
- 242 • den Runden Tisch und die städtische Koordinierungsstelle für LSBTIQ\*  
243 weiterentwickeln, und personell verstärken, um mehr Projekte und Anliegen  
244 der LSBTIQ\*-Community koordinieren zu können.
- 245 • Konzepte für queere Senior\*innen und deren spezifische Bedürfnisse  
246 entwickeln, da sie im Alter vor spezifischen Herausforderungen stehen, die  
247 in der Pflege und bei Wohnkonzepten auftreten.
- 248 • die Förderung von Seniorenheimen mit dem Qualitätssiegel „Lebensort  
249 Vielfalt“ ausweiten, um queeren Senior\*innen sichere und inklusive  
250 Wohnangebote zu bieten.
- 251 • die Beratungsstrukturen für trans\*- und nicht-binäre Personen in Dortmund  
252 ausbauen und bündeln, da sie vor besonderen Herausforderungen im  
253 medizinischen Bereich, in der Selbsthilfe oder im sozialen Umfeld stehen.
- 254 • bestehende LSBTIQ\*-Strukturen gezielt für trans\*-spezifische Themen

255 sensibilisieren.

- 256 • queere Kulturorte wie LesBiTrans\*Takeover gezielt unterstützen, da sie  
257 LSBTIQ\*-Menschen sichere Räume und Möglichkeiten zur Vernetzung bieten.
  
- 258 • queere Aktionen in etablierte Kulturinstitutionen integrieren.
  
- 259 • Angebote wie queere Clubs und Kneipen fördern.
  
- 260 • gezielte Maßnahmen zum Schutz queerer Jugendlicher vor Ausgrenzung,  
261 Benachteiligung und Angriffen umsetzen, die sie besonders in der Zeit  
262 ihres Coming-Outs erleben.
  
- 263 • die Benennung von LSBTIQ\*-Vertrauenspersonen an weiterführenden Schulen  
264 etablieren.
  
- 265 • gendergerechte Jugendarbeit stärken und spezifische Interessen und  
266 Bedürfnisse von Mädchen gezielt fördern.
  
- 267 • die Bedürfnisse von Jugendlichen, die sich männlich identifizieren, durch  
268 die Förderung positiver Rollenbilder berücksichtigen und schädliche  
269 Männlichkeitsstereotype hinterfragen.
  
- 270 • das SCHLAU-Projekt zur Durchführung von Workshops in Schulen und  
271 Jugendeinrichtungen zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt dauerhaft  
272 fördern.
  
- 273 • das Projekt SUNRISE als Treffpunkt und Beratungsstelle für queere  
274 Jugendliche weiter unterstützen.
  
- 275 • eine (teil-)stationäre Jugendhilfeeinrichtung und eine Notschlafstelle für

- 276 queere Jugendliche einrichten.
- 277 • LSBTIQ\*-Gleichstellung in Wirtschaft und Sport fördern, indem wir LSBTIQ\*-  
278 Aufklärung in Unternehmen fördern und LSBTIQ\*-Beratungs- und  
279 Informationsangebote für Studierende ausweiten sowie die Unterstützung von  
280 LSBTIQ\* im Sport fördern und ein Vielfaltsiegel für Sportvereine  
281 einführen.
- 282 • den internationalen Austausch von LSBTIQ\*-Aktivist\*innen mit den  
283 Partnerstädten Dortmunds fördern.
- 284 • in Zusammenarbeit mit SLADO einen Austausch initiieren, um die politische  
285 Teilhabe und Akzeptanz von LSBTIQ\*-Personen in den Partnerstädten zu  
286 verbessern.
- 287 • den bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Gewaltopfer  
288 umsetzen.
- 289 • barrierefreie Community-Angebote schaffen und Antidiskriminierungsarbeit  
290 innerhalb der LSBTIQ\*-Community unterstützen.
- 291 • Gruppen zum Austausch und zur Selbsthilfe für queere Menschen mit  
292 Behinderungen sowie intersektionale Gruppen für BIPOC-LSBTIQ\* Personen  
293 ausbauen.
- 294 • den Ausbau von Unterstützungsangeboten für LSBTIQ\*-Geflüchtete  
295 vorantreiben, um ihnen Schutz und Beratung zu bieten, da insbesondere  
296 LSBTIQ\*-Personen aufgrund von Verfolgung aus ihren Herkunftsländern  
297 fliehen.
- 298 • ein Konzept zur Erinnerung an die Geschichte der LSBTIQ\*-Community  
299 entwickeln und umsetzen, da die Geschichte geprägt von Verfolgung von  
300 LSBTIQ\*-Personen vor und nach 1945 ist, aber auch von aktivem Engagement  
301 für Gleichberechtigung.